



Liebe Leserinnen,
Liebe Leser,

Japan: Stresstest und Grenzwerte bei Importen

Fukushima beschäftigt auch das Europäische Parlament. Die Kompetenzen zur Kernkraft und zum Energiemix liegen zwar bei den Mitgliedstaaten, aber das Parlament unterstützt die EU-Kommission und unseren Energiekommissar Oettinger darin, gemeinsame Sicherheits- und Risiko-standards festzulegen. Rund 140 Kernkraftwerke gibt es in der EU, davon rund 30 in Grenznähe oder an den Meeren. Deshalb wollen wir gemeinsame Standards für Erdbeben, Hochwasser, die Kühlungen, die Notfallsysteme - und auch die Haftung. Ein effizientes Druckmittel könnte sein, dass nur der Strom in den Binnenmarkt zugelassen wird, der aus einem Kernkraftwerk stammt, dass diese Sicherheitsstandards in einem entsprechenden Test ("Stresstest") erfüllt. Ein weiteres Problem wird gelöst, das der uneinheitlichen Grenzwerte für Lebensmittel. Bereits in dieser

Woche sollen die (wenigen) Nahrungsmittelimporte aus Japan den strengeren Grenzwerten angepasst werden, die in der EU seit Tschernobyl gelten. Damit korrigierte die EU-Kommission ihre gerade eine Woche alte Entscheidung - ein Versehen - in der EU höhere Grenzwerte zu akzeptieren als in Japan selbst.

Italien an der Spitze der Betrugsfälle

Betrug und Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit EU-Geldern beschäftigen uns immer wieder. Der Jahresbericht des Amtes für Betrugsbekämpfung zeigte uns eine wesentliche Verbesserung des Meldesystems für die Agrargelder und Strukturfondsgelder. Nun gibt es 800 anstatt bisher 50 Stellen, die Daten einspeisen können. Wir notierten 43% mehr Fälle im Agrarbereich und 23% mehr Fälle (109% bei der Summe) in den Strukturfonds. Sorgenkind ist und bleibt Italien: das EU-Gründungsmitglied verzeichnet 60 % der vermuteten Betrugsfälle. Ich habe angeregt, mit besonderen Maßnahmen diesem

seit lange andauernden Problem endlich zu Leibe zu rücken.

Abwanderung junger Frauen stoppen

Für viele junge Frauen wird ein Leben auf dem "Land" zunehmend unattraktiver. Die Städte locken mit besseren Kinderbetreuungsmodalitäten, einer auf die Familie ausgerichteten Infrastruktur und Zugang zu modernen Kommunikationsmitteln wie das Hochgeschwindigkeitsinternet. Die Folge: qualifizierte Junglandwirtinnen und Unternehmerinnen wandern ab. Diesem Trend will das Europaparlament entgegenwirken: Besonders Junglandwirtinnen sollen stärker aus dem EU-Agrarhaushalt gefördert, Frauennetzwerke ausgebaut und der Zugang zu Investitionen und Krediten vereinfacht werden. Das sind interessante Maßnahmen gerade auch für unsere Landfrauenverbände. Eine breite Mehrheit sprach sich dafür aus. Sie werden in den Legislativvorschlag der Kommission zur Agrarpolitik nach 2013 im Herbst diesen Jahres aufgenommen.

So können Sie mich erreichen:

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europabüro
Grabenstraße 24 | 89522 Heidenheim | Deutschland
Telefon: +49732120071 | Telefax: +49732120073
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 15 E 130 | 1047 Brüssel | Belgien
Telefon: +3222845868 | Telefax: +3222849868
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
LOW 10 T 018 | 67000 Straßburg | Frankreich
Telefon: +33388175868 | Telefax: +33388179868
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu



Östliche Problemmeiler schneller stilllegen

Ignalia (Litauen), Bohunice (Slowakei) und Kosloduj - sind drei störanfällige Atomkraftwerke in Osteuropa, die bereits abgeschaltet, jedoch nicht rückgebaut sind und die sichere Endlagerung noch nicht begonnen hat, obwohl hier schon Milliardenzahlungen aus dem EU-Haushalt geflossen sind. Die drei Staaten haben diese Gelder bevorzugt in die Erschließung alternativer Energien investiert. Insgesamt will die EU bis 2013 weitere 2,8 Milliarden Euro für die Stilllegung von allen drei Anlagen bereitstellen. Mit ihrem Beitritt zur EU haben sich die drei betroffenen Staaten bereit erklärt, die unsicheren Meiler vom Netz zu nehmen. Diese Verzögerungstaktik muss ein Ende haben, daher brauchen wir gemeinsame europäische Standards für den Rückbau und den Umgang mit abgeschalteten Atomkraftwerken.

Haushaltsvoranschlag 2012 verabschiedet

Das Haushaltsverfahren für das kommende Jahr

beginnt bereits bevor das alte richtig angefangen hat. Die Parlamentarier haben den Vorschlag des Parlaments in Höhe von 1,725 Milliarden Euro angenommen. Dies bedeutet eine Steigerung um 2,3 % und liegt unter der durchschnittlichen Inflationsrate in den Mitgliedstaaten von 2,8 %. Wir haben uns für Sparmaßnahmen in den Bereichen Finanzierung von politischen Parteien und Stiftungen, Informationskampagnen, IT, Instandhaltung von Gebäuden und der geplanten Anzahl von Stellen ausgesprochen. Dies soll bis zu 13,7 Mio. Euro einsparen. Im Weiteren werden die Haushaltsvorentwürfe des Parlaments nun der Kommission übermittelt, die dann am April den Gesamthaushaltsplan verabschiedet. Das Parlament und der Ministerrat bringen Änderungen an, einigen sich und verabschieden ihn im Anschluss. Dies wird voraussichtlich im November sein.

Anpassung des Statuts für die Beschäftigten

Im Haushaltskontrollausschuss habe ich alle meine Anträge zur Moderni-

sierung des Beamtenstatuts der EU und zu Kürzungen von Privilegien durchgesetzt. Im Mai findet die Abstimmung in Straßburg statt; Über die Bemühungen, diese Veränderungen zu verhindern und das öffentliche Echo darüber finden Sie auf meiner Homepage www.inge-graessle.de und unter <http://www.welt.de/politik/ausland/article13039324/EU-Beamte-mobben-schwaebische-Abgeordnete.html#>).

Vergewaltigung von Amts wegen verfolgen

Nicht in jedem Mitgliedstaat erfolgt eine automatische Strafverfolgung bei Vergewaltigung. Wir haben in einer Resolution gefordert, dass alle EU-Staaten diesen Automatismus einführen. Nur effektive Strafverfolgung kann Rechte betroffener Frauen wirksam schützen.

Besuch aus der Heimat in Straßburg

Am Dienstag besuchte mich der CDU-Ortsverband Spraitbach mit 51 Personen.

So können Sie mich erreichen: